

Weltweiter Schutz für Arbeitnehmerrechte

EU-Parlament beschloss Lieferketten-Richtlinie

Am 1. Juni beschloss das Europäische Parlament die „Richtlinie über die Sorgfaltspflichten von Unternehmen für Nachhaltigkeit“, umgangssprachlich Lieferkettengesetz genannt.

Helmut Scholz, handelspolitischer Sprecher der Linksfraktion THE LEFT im Europäischen Parlament, begrüßte die Entscheidung. „Die heutige Abstimmung ist ein wichtiger Etappensieg für gerechtere, globale Wirtschaftsbeziehungen. Obwohl sich CDU/CSU in letzter Sekunde gegen den Schutz der Arbeitnehmerrechte stellten, will die Mehrheit des EU-Parlaments eine wirksame Lieferketten-Richtlinie: Alle großen europäischen Unternehmen ab 250 Beschäftigten sollen Verantwortung für Menschen- und Arbeitnehmerrechte übernehmen. Jetzt müssen die Regierungen der Mitgliedstaaten Farbe bekennen.“

Das EU-Parlament geht damit

weit über das deutsche Lieferkettengesetz hinaus. „Die Ampel-Koalition muss sich in Brüssel klar für eine wirksame Lieferketten-Richtlinie einsetzen“, so Scholz. Die Zeit dränge, Bürger:innen erwarten, dass die Regelung noch vor den Europawahlen beschlossen wird. „Uns haben tausende Zuschriften erreicht, die eine wirksame EU-Regelung einfordern“, erklärt Scholz. Viele wollen, dass kein Blut an ihren Produkten klebt.“

DIE LINKE habe die Parlamentsposition unterstützt, obwohl sie einen besseren Opferschutz eingefordert hatte. „Außenstehende haben keinen Einblick in interne Unternehmensprozesse. Bei Streitigkeiten sollten Unternehmen deshalb nachweisen müssen, dass sie ihren Sorgfaltspflichten gegenüber Zulieferern tatsächlich nachgekommen sind. Hier hätten wir uns mehr gewünscht“, erklärt Helmut Scholz. *pm*

„Ziemlich wilde Bienen“

Ökofilmgespräch in Panketal am 6. Juni



Zusammen mit dem Kommunalpolitischen Forum des Landes Brandenburg und Fön e.V. lädt DIE LINKE Panketal am Dienstag, dem **6. Juni**, zum Ökofilmgespräch ein. Gezeigt wird der Film „Ziemlich wilde Bienen“ (45 Minuten). Anschließend gibt es eine Diskussion zum Thema mit dem Bienenexperten Dr. Christian Schmidt-Egger.

Ort: **Ratssaal des Rathauses Panketal**, Schönower Str. 105, direkt am S-Bahnhof Zepernick, Beginn: **19 Uhr**.

Sozialer Status darf nicht am Zahnstatus erkennbar sein

DIE LINKE setzt sich weiter für eine solidarische Bürgerversicherung ein

Der IKK-Kassenchef Ralf Hermes fordert zur Minderung der milliardenschweren Defizite der gesetzlichen Krankenkassen, Leistungskürzungen bei der zahnärztlichen Behandlung, beim Zahnersatz und bei der Homöopathie. »Der Lage angemessen wäre es, die komplette zahnärztliche Versorgung aus dem Leistungskatalog zu streichen«, wird Hermes in Spiegel Online zitiert. Die steigenden Gesundheitsausgaben brächten das System an seine Grenzen. Die IKK hat 300.000 Versicherte.

Die gesetzlichen Krankenkassen gaben im letzten Jahr für zahnärztliche Behandlungen rund 13 Milliarden Euro aus, darunter fallen Zahnfüllungen, Wurzelkanal-

behandlungen und Vorsorgeuntersuchungen. Insgesamt steigen die Ausgaben des Gesundheitssystems in Deutschland weiter an. Rund 73 Millionen Versicherte gibt es in den gesetzlichen Krankenkassen. Das entspricht rund 90 Prozent der Bevölkerung. 2022 kostete dieses System laut Angaben des Spiegel 263,41 Milliarden Euro. „Deutschland leistet sich eines der teuersten Gesundheitssysteme der Welt, doch Experten kritisieren, dass es deshalb nicht auch eine bessere Versorgung hat“, heißt es dort.

Zum Vorstoß des IKK-Chefs erklärt der gesundheitspolitische

Sprecher der LINKEN im Brandenburger Landtag, Ronny Kretschmer: „Dieser drastische Vorschlag, die komplette zahnärztliche Versor-

Leistungskürzungen für Versicherte sind der falsche Weg, um Finanzierungsprobleme zu lösen.

gung aus dem Leistungskatalog zu streichen, ist völlig absurd. Er macht aber deutlich, wie hoch der Kostendruck bei der gesetzlichen Krankenversicherung ist.“ Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach wies die Vorschläge zu Leistungskürzungen ebenfalls zurück. Auch andere gesetzliche Krankenkassen haben bisher solche Forderungen nicht

aufgemacht.

Leistungskürzungen für die Versicherten wären aber auch der völlig falsche Weg, um Finanzierungsprobleme zu lösen, betont Ronny Kretschmer ausdrücklich, damit sich solche Ideen gar nicht erst festsetzen. „DIE LINKE bleibt bei ihrem Vorschlag, eine solidarische Bürgerversicherung einzuführen, in die alle einzahlen. Die Zwei-Klassen-Medizin muss beendet werden. Das ist der richtige Ansatz für eine nachhaltige Konsolidierung der gesetzlichen Krankenversicherung. Für DIE LINKE ist und bleibt es inakzeptabel, den sozialen Status der Bürgerinnen und Bürger am Zahnstatus zu erkennen“, bekräftigt Kretschmer. *bc*